

Mein NEWSLETTER



Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisabgeordneter für MSP & MIL
Betreuungsabgeordneter für WÜ & AB



Juli 2017

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die letzte Sitzungswoche meiner ersten Legislaturperiode im Deutschen Bundestag geht zu Ende.

Die SPD kann zufrieden mit dem Erreichten sein. Als Motor der Koalition haben wir u.a. den Mindestlohn durchgesetzt, Leiharbeit und Werkverträge reguliert, die Rente mit 63 verwirklicht und die gesetzliche Frauenquote erkämpft. Entscheidend für diese Erfolge waren unsere Geschlossenheit und unsere Überzeugung für das Richtige einzutreten.

Mit dem Ende der Plenarzeit in Berlin beginnt der Wahlkampf. Ich freue mich darauf – auf die vielen Begegnungen mit den Menschen in den Landkreisen Main-Spessart/Miltenberg, auf Gespräche und Veranstaltungen und auf die politische Auseinandersetzung. Wahlkampf macht mir Spaß. Ich weiß für wen ich kämpfe: für Sie alle. Und ich weiß für was ich kämpfe: für meine sozialdemokratischen Überzeugungen.

Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung.

Ihr/Euer



INHALT

- 2 Klartext: Politik braucht Haltung
- 3 Parlaments-Ticker / Zeit für gerechte Steuern
- 4 Bezirksparteitag/ Bundesparteitag
- 5 Der Kreisjugendchor zu Besuch in Berlin
- 6 Rede zum Mindestlohn/ Sprach-Kitas
- 7 Termine vor Ort
- 8 Auf meine Einladung in die USA/ Paulas Post
- 10 Beiträge der MdL

KONTAKT/IMPRESSUM

Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13
97737 Gemünden
Tel. 09351 6036563
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227 73434
bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB
Obertorstr. 13, 97737 Gemünden



Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



KURZ & BÜNDIG:

Bund-Länder-Reform:

- **Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse:**
 - ⇒ Bund übernimmt stärkere Rolle beim Finanzausgleich der Länder
 - ⇒ Länder bekommen vom Bund von 2020 an 10 Mrd. Euro im Jahr
 - ⇒ Bund erhält mehr Kontrollrechte, z.B. für einheitlicheren und damit gerechteren Steuervollzug
- **Investitionen in Bildung und Schulen:**
 - ⇒ Kooperationsverbot durchbrochen
 - ⇒ Bund kann künftig in gute und moderne Schulen investieren
- **Verbesserungen beim Unterhaltsvorschuss**
- **keine Autobahnprivatisierung**



KLR TXT

POLITIK BRAUCHT HALTUNG

Auf dem SPD-Parteitag in Dortmund hat Martin Schulz die Öffnung der Ehe als Voraussetzung für mögliche Koalitionen nach der Wahl festgelegt. Das hat offenbar endlich für Bewegung bei Bundeskanzlerin Angela Merkel gesorgt. Sie ist endlich von ihrem strikten Nein zur Öffnung der Ehe abrückt. Damit ist der Weg frei für eine Abstimmung im Deutschen Bundestag. Das war lange überfällig. Wir werden die Kanzlerin nun beim Wort nehmen. Seit 1998 kämpft die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag für die Gleichstellung Schwuler und Lesben, seit zwölf Jahren für die Öffnung der Ehe. Seit zwölf Jahren blockiert dies die Union.

Sigmar Gabriel hat als damaliger Parteivorsitzender und Vizekanzler beispielsweise 2015 die Union aufgefordert, die Eheöffnung mit der Koalition umzusetzen. Jeder Versuch, im Koalitionsausschuss das Thema auf die Tagesordnung zu setzen, wurde von der Union verhindert – zuletzt im Koalitionsausschuss vom 29. März 2017. Dies geschah stets mit dem Hinweis, es gebe keinen weiteren Beratungsbedarf auf Seiten der CDU/CSU.

Umso erfreuter bin ich jetzt natürlich über Merz' Sinneswandel und bleibe selbstverständlich bei meiner bisherigen Position: Wir werden die längst überfällige Gleichstellung von Schwulen und Lesben vollziehen und die Ehe für alle Menschen öffnen. Das entspricht der Lebenswirklichkeit in Deutschland, das fordern 87 Prozent der Deutschen.

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



PARLAMENTS-TICKER

Aussetzung von Abschiebungen nach Afghanistan: Abschiebungen erst nach Neu-Analyse der Sicherheitslage in Afghanistan / Ausnahme: Straftäter und Gefährder +++ **Erwerbsminderungsrente:** Verlängerung der Zurechnungszeit +++ **Stärkung Betriebsrenten:** Ergänzung für gesetzliche Rente / „Sozialpartnermodell“ für kleine und mittlere Betriebe / Schaffung von Anreizen für Bezieher niedriger Einkommen +++ **verbindliche Personaluntergrenzen in Krankenhäusern:** mehr Sicherheit für PatientInnen / Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte verbessert +++ **Reform Pflegeausbildung:** fachübergreifende dreijährige Pflegeberufsausbildung / nach zwei Jahren Entscheidung, ob Spezialisierung im letzten Lehrjahr / Pflegeschulen bundeseinheitlich gebührenfrei +++ **Ausschluss verfassungsfeindlicher Parteien von staatlicher Finanzierung**

ZEIT FÜR GERECHTE STEUERN

Deutschland ist ein wirtschaftlich starkes Land. Damit das auch so bleibt, müssen wir schon heute investieren. Ziel ist es, dass alle am Wohlstand teilhaben. Wir als SPD wollen Geld in die Hand nehmen für unsere Kinder, für ihre Sicherheit, bezahlbare Wohnungen oder auch schnelles Internet auf dem Land. Das alles wird über den Überschuss im Bundeshaushalt bis 2021 finanziert. Unsere Steuerpolitik ist nachhaltig und gerecht kalkuliert, ohne neue Schulden zu machen.

Um Gerechtigkeit zu schaffen, werden Beschäftigte mit mittleren und geringen Einkommen bei Steuern und Abgaben entlastet. Unser Hauptaugenmerk liegt auf Alleinerziehenden und Familien. Der erste Schritt dazu ist die **Abschaffung der Kita-Gebühren**. Wir machen Bildung gebührenfrei, die Ausbildung genauso wie das Erststudium. Außerdem führen wir einen **Familientarif** ein. Der Ehepartner mit höherem Einkommen kann einen Betrag von bis zu 20.000 Euro auf seinen Partner übertragen. Zusätzlich wird jedem Elternteil pro Kind 150 Euro Abzug von der Steuerlast als **Kinderbonus** zugestanden. Eheleute mit drei Kindern sparen allein dadurch

jährlich 900 Euro.

Um Beschäftigte mit sehr geringem Einkommen bis zu 1300 Euro zu unterstützen, werden sie über Zuschüsse zu den Sozialausgaben entlastet. Gleichzeitig bekommen sie später ihre vollen Rentenansprüche.

Wir verbinden dadurch in unserem Konzept Entlastung mit mehr Gerechtigkeit! Finanziert wird es über zwei Wege:

1. Der Solidaritätszuschlag wird ab 2020 für untere und mittlere Einkommen abgeschafft. Das Entlastungsvolumen umfasst etwa 10 Milliarden Euro. Dauerhaft soll der restliche „Soli“ stufenweise abgeschmolzen werden.
2. Der Spitzensteuersatz wird ab einem Jahreseinkommen von 76.200 Euro (linear-progressiv) auf 45% angehoben. Gleichzeitig wird eine Reichensteuer von 3 Prozent ab einem Einkommen von 250.000 Euro fix erhoben und große Erbschaften höher besteuert.

Eine aktuelle Umfrage bestätigt, dass eine deutliche Mehrheit unser Konzept als gut bewertet, auch weil es einen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit leistet.

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



BEZIRKSPARTEITAG

„Soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftswachstum schließen sich nicht aus“, sagte der Wirtschafts-weise Prof. Dr. Peter Bofinger auf dem Bezirks- parteitag der UnterfrankenSPD in Marktbreit. Vielen Dank für dieses klare Bekenntnis zur sozialen Gerechtigkeit.



In der Diskussion mit Bundestagskandidat Markus Hümpfer und Prof. Peter Bofinger.

Gleichzeitig machte mein Bundestagskollege Uli Grötsch als Generalsekretär der BayernSPD seinen Antrittsbesuch in Unterfranken und hielt eine enga- gierte Grundsatzrede vor fast 100 Delegierten.



Klare Worte für Europa und mehr Gerechtigkeit in Deutschland von Uli Grötsch.

BUNDESPARTEITAG

Um 5 Uhr brach ich in Gemünden auf um pünktlich in die Westphalenhalle zum SPD Bundesparteitag zu kommen. Wir stehen geschlossen und stolz hinter unserem neuen Regierungsprogramm. Es steht für mehr Gerechtigkeit, mehr Europa und mehr Sicherheit.



Bestens gelaunt mit Bahn-Aufsichtsrat und EVG- Vorsitzenden Alexander Kirchner und meinen Bundestags- kollegen Martin Burkert.

Nicht nur Altkanzler Gerhard Schröder auch unser Kanzlerkandidat Martin Schulz begeisterte die über 7000 Zuhörer durch seine mitreißende Rede. Es ist noch nichts entschieden. Wir können es schaffen, stärkste Partei zu werden!



Unser Kanzlerkandidat und Partei-Vorsitzender Martin Schulz nach seiner tollen Rede in Dortmund.

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



Besuchergruppe aus dem Wahlkreis bei mir in Berlin. Auch in einer sitzungsfreien Woche nehme ich mir Zeit für meine Gäste. Besonders hat es mich gefreut, dass auch einige jüngere Besucher meiner Einladung gefolgt sind. Eine tolle Gruppe!

KREISJUGENDCHOR IN BERLIN

Auf meine Einladung war der Kreisjugendchor in Berlin. Den Besuch nutzten die Mitglieder unter Leitung von Michael Albert zu einem spontanen Auftritt vor dem Brandenburg Tor.



Viele BerlinerInnen und Gäste der Stadt freuten sich über das musikalische Ereignis. Auch ich selbst war mit meiner Besuchergruppe unter den

Zuhörern. Wir haben uns sehr über den gelungenen Auftritt mitten in der Hauptstadt gefreut!

Als kleines Dankeschön führte ich den Kreisjugendchor Tags darauf durch den Deutschen Bundestag. Auch an dieser Stelle bedanke ich mich nochmal für das spontane Ständchen. Es war eine tolle Werbung für den Landkreis und die Region!



Ein Video von dem Auftritt finden Sie auf
www.facebook.com/BerndRuetzelMdB

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



REDE IM BUNDESTAG — DEN MINDESTLOHN SCHÜTZEN & STÄRKEN

Über vier Millionen Menschen profitieren in Deutschland direkt vom Mindestlohn. Gleichzeitig hat er für mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt gesorgt.



Bernd Rützel

2. Juni um 01:00 · 🌐

Meine Rede von gestern Abend, 22 Uhr, zum Mindestlohn. Für mich ist der Mindestlohn ein arbeitsmarktpolitischer Meilenstein. Dank ihm haben vier Millionen Menschen in Deutschland mehr auf dem Gehaltszettel.



SPRACHKITAS IN MSP/MIL

Zum wiederholten Male werden Bundesgelder für die Förderung der sprachlichen Bildung als Bestandteil der Kindertagesbetreuung in die Landkreise



Main-Spessart und Miltenberg vergeben. **Ich freue mich, dass auch dieses Mal wieder Kinder aus meinem Wahlkreis Main-Spessart/Miltenberg von dem Bundesprogramm 'Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist' profitieren.**

Mit der Weiterführung des Programms erhalten zu den bisher 19 geförderten Einrichtungen, die mit Mitteln in Höhe von knapp 1,9 Millionen Euro be-
dacht werden, drei weitere Kitas jeweils fast 100.000 Euro für die Sprachförderung. **Sprachliche Bildung ist ein Schlüssel für gesellschaftliche Integration und gerechte Bildungschancen. Wenn Kinder davon ausgeschlossen sind, stehen sie ein Leben lang vor verschlossenen Türen.**

Nun sind die Kindergärten Zur Heiligen Familie in Karlstadt, St. Elisabeth in Rechtenbach und die Villa Kunterbunt in Kleinwallstadt neu in das Bundesprogramm aufgenommen worden. Mit diesem Geld werden die Kitas durch zusätzliche Fachkräfte für sprachliche Bildung unterstützt, die direkt in der Kita beschäftigt sind.

MATTHIAS-GRÜNEWALD-SCHULE ZU BESUCH IN BERLIN



Mit den politikinteressierten Schülerinnen und Schülern der 10. Jahrgangsstufe im Reichstag. Eine tolle Klasse!

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



WALDARBEITERMEISTERSCHAFTEN



13. Deutsche Waldarbeitermeisterschaft in Gräfendorf. Baumzielfällung, Entastungswettbewerb, Präzisionsschnitt oder Kettenwechsel. Die Besten der Welt kämpfen um Punkte, - was die Wettbewerber hier abgeliefert haben, war atemberaubend. Als Holzmacher war mir der Tag ein Vergnügen.



Live-Videos und weitere Eindrücke finden Sie auf
www.facebook.com/BerndRuetzelMdB

HOFSTETTENFEST



Zehn verschiedene Hofstetten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz trafen sich in Hofstetten am Main.

Zwei Jahre intensive Vorbereitung bereiteten den 300 Gästen ein wunderbares Wochenende. Sogar die fränkische Weinkönigin Silena Werner ist gekommen.

150 JAHRE FREIWILLIGE FEUERWEHR MARKTHEIDENFELD



In meiner Rede bedankte ich mich bei der Freiwilligen Feuerwehr für den täglichen ehrenamtlichen Einsatz. Einem solchen Engagement gebührt großer Respekt!

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



DISKUSSION ÜBER MENSCHENRECHTE

Im Juni konnte ich im Würzburger Programmokino Central meine Fraktionskollegin Bärbel Kofler, die seit März 2016 Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe ist, sowie die beiden Landtagsabgeordneten Kathi Petersen und Georg Rosenthal begrüßen, um mit ihnen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern über das Thema Menschenrechte zu sprechen.



Dass Menschenrechte insbesondere in Kriegs- und Krisenregionen gefährdet sind, zeigte der Dokumentarfilm „Watani“ des Regisseurs Marcel Mettelsiefen, den wir gemeinsam im Programmokino Central anschauten. Meine KollegInnen und mich hat dieser Film sehr bewegt, denn er steht stellvertretend für die Schicksale so vieler Menschen, die weltweit auf der Flucht sind.



Ich, Kathi Petersen, Bärbel Kofler und Georg Rosenthal (v. links) auf dem Bürgerbrau-Gelände in Würzburg.

Derzeit sind das 65 Millionen Menschen, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen – Terror, Krieg, Dürre, Hunger, Perspektivlosigkeit usw. – auf den Weg machen und ihre Heimat verlassen.

Mir ist es wichtig, dass deutlich wird: **Niemand in Deutschland bekommt weniger Leistungen oder Geld, weil Flüchtlinge zu uns gekommen sind. Es ist ein Gebot der Humanität, denen zu helfen, die unseres Schutzes bedürfen.** Dabei kann jeder mit-helfen – in der Flüchtlingsinitiative, am Arbeitsplatz oder in der Nachbarschaft.

Klar muss aber auch sein: Wer zu uns kommt, um Terror und Gewalt zu verbreiten, der hat in unserem Land nichts verloren.

JUSO-BEZIRKSKONFERENZ



Bei bestem Wetter diskutierte ich mit den unterfränkischen Jusos in Weilbach über die Zukunft Europas. Mit dabei waren auch Georg Rosenthal, Kerstin Westphal und die Jungen Europäischen Föderalisten Würzburg.

Auch an dieser Stelle nochmal Danke für die Einladung und die lebhafteste Diskussion. Wir haben tolle Jusos hier in Unterfranken.

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



MIT MEINER PATENSCHAFT IN DIE USA

Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – dieser Traum wird für Sophie Maier in Kürze wahr.



Auf meine Einladung wird die Bischbrunnerin als Stipendiatin des Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP) 12 Monate in den USA verbringen.

Während des Jahres übernehme ich die Patenschaft für Sophie Maier. **Ich bin ein Fan des PPP. Für junge Erwachsene, die nicht über ein Abitur verfügen, sondern in Ausbildung sind oder waren, wie Sophie, ist das Stipendium des PPP eine einzigartige Möglichkeit, ein Auslandsjahr zu erleben und ein College zu besuchen.** Essentiell für meine Auswahlentscheidung war, dass neben allen Qualifikationen das Menschliche passt. Schließlich sollen sie Botschafter unseres Landes in den USA sein. Dass Sophie über beides verfügt, ist natürlich ideal. Für die 22-Jährige geht mit dem Auslandsjahr ein lang gehegter Traum in Erfüllung. Zusammen mit 75 anderen Berufstätigen freut sich Maier berufliche Erfahrungen zu sammeln und die amerikanische Kultur näher kennen zu lernen.

Auch wenn der Alltag in den USA manchmal stressig sein kann, sind es doch sehr wertvolle Erfah-

rungen, die man auf dem anderen Kontinent in einer anderen Kultur sammelt. Meine drei bisherigen Stipendiatinnen waren allesamt begeistert.

Auch wenn die Bischbrunnerin sich schon auf Momente vorbereitet, in denen sie das Heimweh plagen wird, ist die Vorfreude groß: „**Ohne das Stipendium hätte ich nie die Möglichkeit gehabt so etwas erleben zu dürfen. Darüber bin ich sehr glücklich.**“

Bewerbungen für 2018/2019 können noch bis September eingereicht werden. Was Sophie in Amerika alles erlebt, kann man ab August im Newsletter nachlesen.

PAULAS POST AUS DEN USA

Gerade in den USA ist Paula Greb aus Burgsinn. Hier ihr aktueller Bericht:



“I can’t think of anything else that excites a greater sense of childlike wonder than to be in a country where you are ignorant of almost everything. Suddenly, you are five years old again. You have only the most rudimentary sense of how things work, you can’t even reliably endangering your life. Your whole existence becomes a series of interesting guesses.”

Dieses Zitat beschreibt sehr gut wie man sich während eines Auslandsaufenthalts fühlt. Anfangs war ich mir unsicher, ob ich überhaupt ein Auslandsjahr machen möchte,

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



aber zurück blickend auf das Jahr habe ich so viele tolle Sachen erlebt und neue Leute kennengelernt, dass ich auf jeden Fall sagen kann, dass ein Auslandsjahr diese Trennung von Familie und Freunden wert ist. Auch wenn man die Sprache noch nicht sprechen kann oder manchmal Probleme anderer Art hat, ist es wert am Ball zu bleiben und das Auslandsjahr zu genießen. Es ist eine einmalige Erfahrung ein Jahr in eine andere Schule zu gehen, in einem anderen Land zu leben und sich selbst wie eine Person zu fühlen, die dort lebt.



Davor konnte ich es mir auch nicht vorstellen, wie Menschen aus anderen Kulturkreisen leben und nur in einem Auslandsjahr kann man einmal diese Erfahrung selbst machen und dies auch zu tun ist immer die richtige Entscheidung. Ich bin dankbar dafür, dass ich durch Herrn Rützel und das Stipendium diese Möglichkeit hatte, ein Auslandsjahr zu machen. Die ganzen Erinnerungen und Erfahrungen, welche ich in diesem Auslandsjahr gemacht habe, werden mich für immer begleiten.

Liebe Grüße

Paula

“I can’t think of anything else that excites a greater sense of childlike wonder than to be in a country where you are ignorant of almost everything. Suddenly, you are five years old again. You have only the most rudimentary sense of how things work, you can’t even reliably endangering your life. Your whole existence becomes a series of interesting guesses.” This quote sums up my exchange year excellently because it explains how one feels during the exchange year. Even if I wasn’t sure if I should do an exchange year in the beginning, reflecting back I would say it was worth it. I experienced so many awesome things and met new people who are coming from around the world.

Although, there are different problems that can arise and you are away from your family for a long time. It is definitely worth it to keep going and to enjoy your exchange year. It is an unique experience to go one year to another school, in another country and to feel like a person who lives in this country. Before that I couldn’t imagine how people from a different culture live. Doing this for one year opened my mind. I am grateful to Mr. Ruetzel and for the opportunity I got to spend a year in America. It is an experience I wouldn’t want to miss out. All the memories and experiences will forever stay in my mind.

Greetings,

Paula

Alle Texte meiner

**PPP-Stipendiatinnen unter
www.bernd-ruetzel.de**

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



GASTBEITRÄGE UNSERER MdLs

Martina Fehlner

Tourismuspolitische Sprecherin
der SPD-Landtagsfraktion

Abgeordnete für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für
AB-Ost und Miltenberg



CSU lehnt Petition im Landtag ab: Freistaat verliert viele Lehrer nach Hessen

Liebe Leserinnen und Leser,

Bayern und vor allem dem Bayerischen Untermain gehen viele dringend benötigte Lehrerinnen und Lehrer aus den Grund- und Mittelschulen verloren, weil sie ins benachbarte Hessen abwandern. Hintergrund: Viele Lehrkräfte aus den Landkreisen Miltenberg und Aschaffenburg bekommen vom bayerischen Kultusministerium oft nur eine feste Stelle in Oberbayern zugeteilt. Anstatt einen Umzug von oftmals mehreren hundert Kilometer in Kauf zu nehmen, treten sie stattdessen eine Stelle im näheren Hessen an. Dies wurde jetzt bei einem Berichtsantrag des Ministeriums im zuständigen Landtags-Ausschuss deutlich. Die SPD-Landtagsfraktion fordert daher die Staatsregierung auf, dieses Problem endlich anzuerkennen und gegenzusteuern. Auch ich bin der Meinung, dass wir ein komplett neues Verfahren für den Lehrerausgleich in Bayern benötigen, denn seit Jahren wandern viele Junglehrer vom Bayerischen Untermain lieber nach Hessen ab, anstatt nach Oberbayern versetzt zu werden. Wir schlagen deshalb vor, dass das Untermaingebiet explizit aus dem Verteilungsprozedere des Ministeriums herausgenommen wird. Jede Junglehrerin und jeder Junglehrer aus dieser Region muss eine Stelle in seiner Heimat angeboten bekommen. Nur so können wir die erhebliche Abwanderung der Lehrkräfte nach Hessen verhindern. Lücken in der Lehrerversorgung in Oberbayern müssen durch

Lehrkräfte aus anderen Regierungsbezirken ersetzt werden. Unsere Region kann es sich nicht weiterhin leisten, permanent Lehrerinnen und Lehrer zu verlieren. Die derzeitige Einstellungspolitik der Staatsregierung schadet letztlich nicht nur dem Bayerischen Untermain sondern ganz Bayern. Eine entsprechende Petition mit knapp 3.000 Unterschriften von betroffenen Lehrern, Eltern und Schülern wurde vor wenigen Tagen im Landtag verhandelt. Darin forderten die Petenten - genau wie die SPD - eine sichere Zusage für eine Schulstelle in ihrer Heimat. Die Petition wurde von der CSU-Mehrheit jedoch abgelehnt.

Herzlichst

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg

Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlner.de

Volkmar Halbleib

Parlamentarischer
Geschäftsführer der
SPD-Landtagsfraktion

Abgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter für
Stadt und Landkreis Kitzingen



Fragenkatalog der Opposition zum Untersuchungsausschuss Bayern-Ei vorgestellt

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Oppositionsparteien im Bayerischen Landtag haben gemeinsam einen Fragenkatalog für den Untersuchungsausschuss zum Bayern-Ei-Skandal vorgestellt. Das zusammen erarbeitete und umfangreiche Konzept soll dazu dienen, die Hintergründe des Salmonellenskandals mit zahlreichen Erkrankten und sogar Todesopfern aufzuklären.

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



Insgesamt umfasst der Katalog etwa 350 Fragen, die sich nicht nur mit dem Ausbruch selbst, sondern auch mit der Lebensmittelüberwachung insgesamt beschäftigen. Die Staatsregierung hat bisher nichts zur Aufklärung des Vorfalls beigetragen, deshalb sehen wir uns dazu gezwungen, die Aufarbeitung selbst in die Hand zu nehmen. Denn in der SPD-Landtagsfraktion sind wir der Meinung, dass die Menschen in Bayern ein Anrecht darauf haben, dass der Staat Lebensmittelbetriebe vernünftig kontrolliert. Als Verbraucher kann man nicht erkennen, ob Lebensmittel verseucht sind, deshalb wird die Hilfe von Experten benötigt. Aber genau daran hat es offensichtlich gefehlt. Dutzende Menschen sind deswegen erkrankt oder sogar gestorben. Das darf nicht noch einmal passieren. Unsere Kernfragen lauten deshalb: Wieso hat der Verbraucherschutz hier dermaßen versagt? Und was muss getan werden, um das in Zukunft zu verhindern?

Auch ich werde als stellvertretendes Mitglied in diesem Untersuchungsausschuss mitarbeiten und hoffe, dass wir wie geplant noch vor der Sommerpause im Juli starten können. Eine schnelle und umfassende Aufklärung sind wir auch den vielen Geschädigten schuldig.

Ihr/Euer

Volkmar Halbleib

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL
Semmelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030
buergerbuero-halbleib@t-online.de

GEORG ROSENTHAL

Unterfrankensprecherin der
SPD-Landtagsfraktion
Abgeordneter für Würzburg-Stadt
Betreuungsabgeordneter für
Main-Spessart



Barrierefreier Ausbau der Bahnhöfe lässt auf sich warten

Noch immer ist in Unterfranken kein einziger Bahnhof barrierefrei ausgebaut: Während sich inzwischen immerhin die Hauptbahnhöfe in Schweinfurt und Würzburg in der Bauphase befinden, bleibt der Landkreis Main-Spessart bis auf weiteres von einer für Gehbehinderte ausgelegten Erschließung abgeschnitten. Weder für Lohr mit seinen großen therapeutischen Einrichtungen noch das Oberzentrum Karlstadt und selbst Gemünden, einem der zentralen Knotenpunkte der Region und mit bis zu 5000 Fahrgästen der viertgrößte Bahnhof im Bezirk, ist Besserung in Aussicht.

In der zweiten Förderrunde des "Bayern-Pakets" zum barrierefreien Ausbau taucht ebenso wenig einer der Bahnhöfe auf, wie in den bisher bekannten Informationen zum "Bayerischen Aktionsprogramm für barrierefreie Stationsinfrastruktur 2021" (BABS 21). Dabei ist gerade für ländliche Gebiete eine gute Infrastruktur entscheidend, um sie auch zukünftig lebenswert zu erhalten. Hiervon profitieren nicht nur gehbehinderte Menschen, sondern auch Senioren und Eltern mit Kindern. Ministerpräsident Horst Seehofer steht hier im Wort. Noch in seiner Regierungserklärung 2013 hat er das Ziel vorgegeben, bis 2023 in Bayern den gesamten öffentlichen Personennahverkehr barrierefrei auszubauen.

Barrierefreiheit als Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe ist kein großzügiges Geschenk der Staatsregierung, sondern seit 2008 in der UN-Behindertenrechtskonvention festgehalten. Ein modernes Bayern wie wir es als Sozialdemokraten verstehen, kommt ohne künstliche Hürden aus.

Ihr/ Euer

Georg Rosenthal, MdL

Abgeordnetenbüro Georg Rosenthal, MdL
Semmelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 99110 161 | Fax: 0931 99110 162
buergerbuero@georg-rosenthal.de